



**ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK**



Gunter Quaißer

MEMORANDUM 2012

Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat

Gunter Quaißer

Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik

Angebotsorientiert vs. nachfrageorientiert

monetaristisch vs. keynesianisch

35 Jahre angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

basiert auf Hegemonie der angebotsorientierten – neoliberalen

– Wirtschaftswissenschaft

Praktische Wirtschaftspolitik ist abhängig von

Ursachenanalyse

Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2010 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)

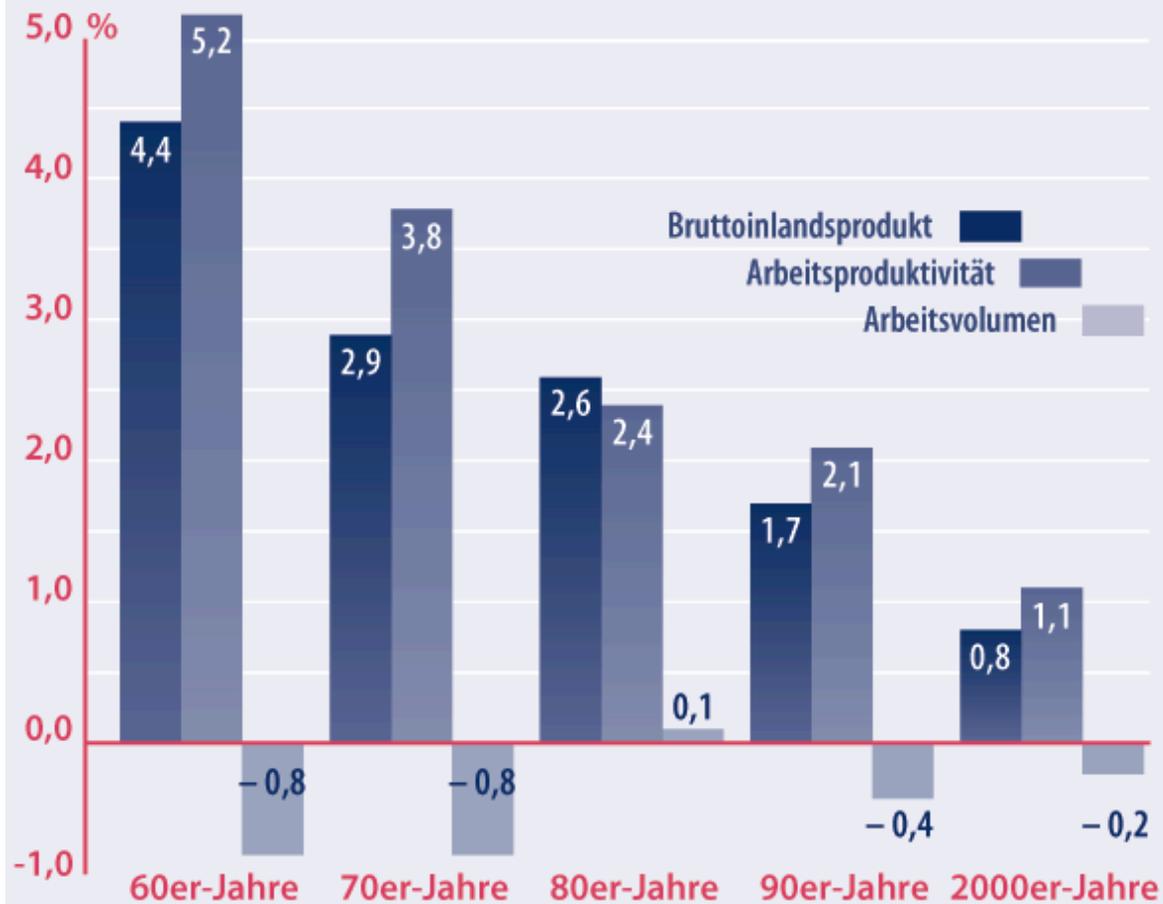


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Wachstum, Arbeitsproduktivität und -volumen

Durchschnittliche, jährliche Veränderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Lange Reihen, 2010

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Produktivitätsfortschritt, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt I

1960 – 2007 (Westdeutschland)

- 1960 wurde in Westdeutschland in 56 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 511 Milliarden Euro geschaffen.
- 2007 wurde in Deutschland (alte Bundesländer) in knapp 47 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von rund 1.693 Milliarden Euro geschaffen.

Wohlstandsmotor Produktivitätsfortschritt:

Der Produktivitätsfortschritt der letzten 47 Jahre ermöglichte es, mit nur noch 84 Prozent an Arbeitsstunden einen mehr als dreifachen Produktionswert zu schaffen.

Produktivitätsfortschritt, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt II

1991 – 2007 (Deutschland)

- 1991 wurde in Deutschland in 59,8 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 1.711 Milliarden Euro geschaffen.
- 2007 wurde in Deutschland in 56,9 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 2.237 Milliarden Euro geschaffen.

Wohlstandsmotor Produktivitätsfortschritt:

Der Produktivitätsfortschritt in diesen 16 Jahren ermöglichte es, mit nur noch 95 Prozent an Arbeitsstunden einen rund 31 Prozent höheren Produktionswert zu schaffen.

Wachstumsorientierung: Ausweg aus dem Produktivitätsdilemma?

Wachstum: DIE gängige Antwort auf alle Wirtschaftsprobleme

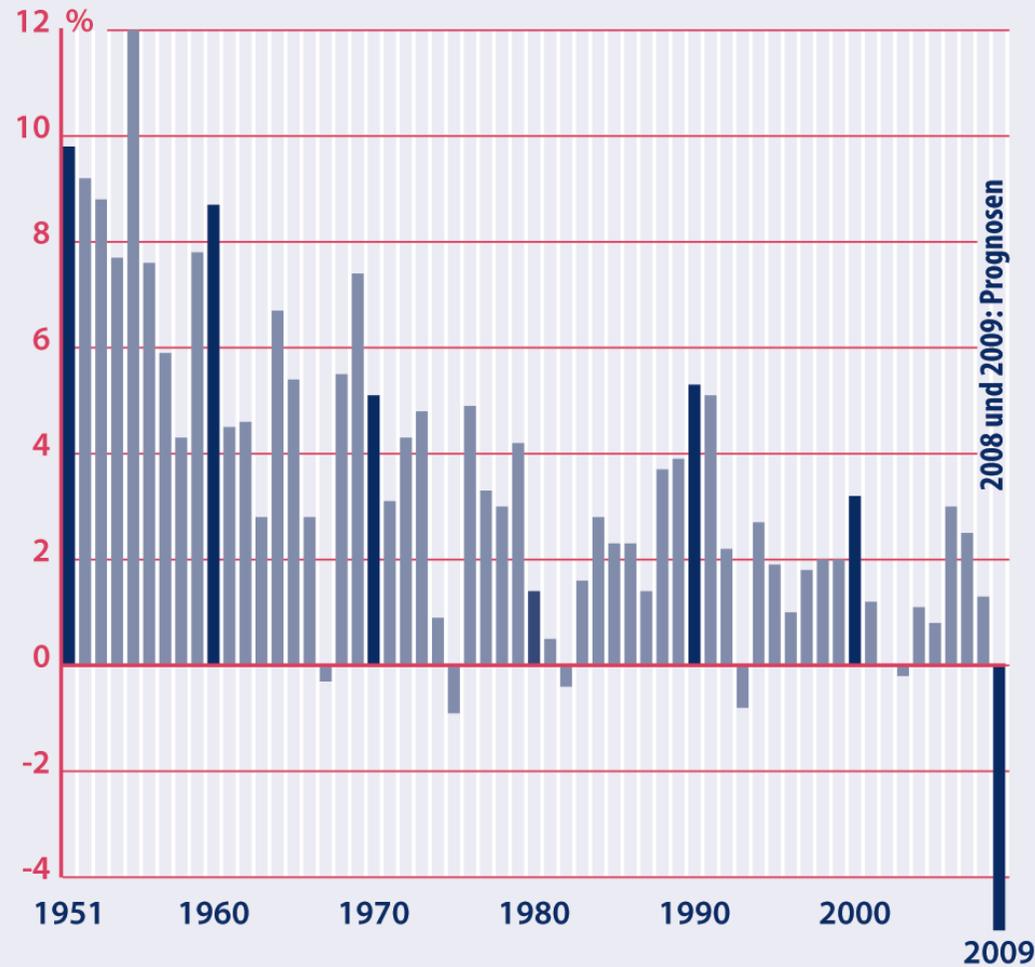
Arbeitszeitverkürzung: Tabu

Aber:

Gründe für nachlassendes Wachstum: Sättigung, Verteilung

Historischer Wachstumseinbruch

Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung
in der Bundesrepublik Deutschland

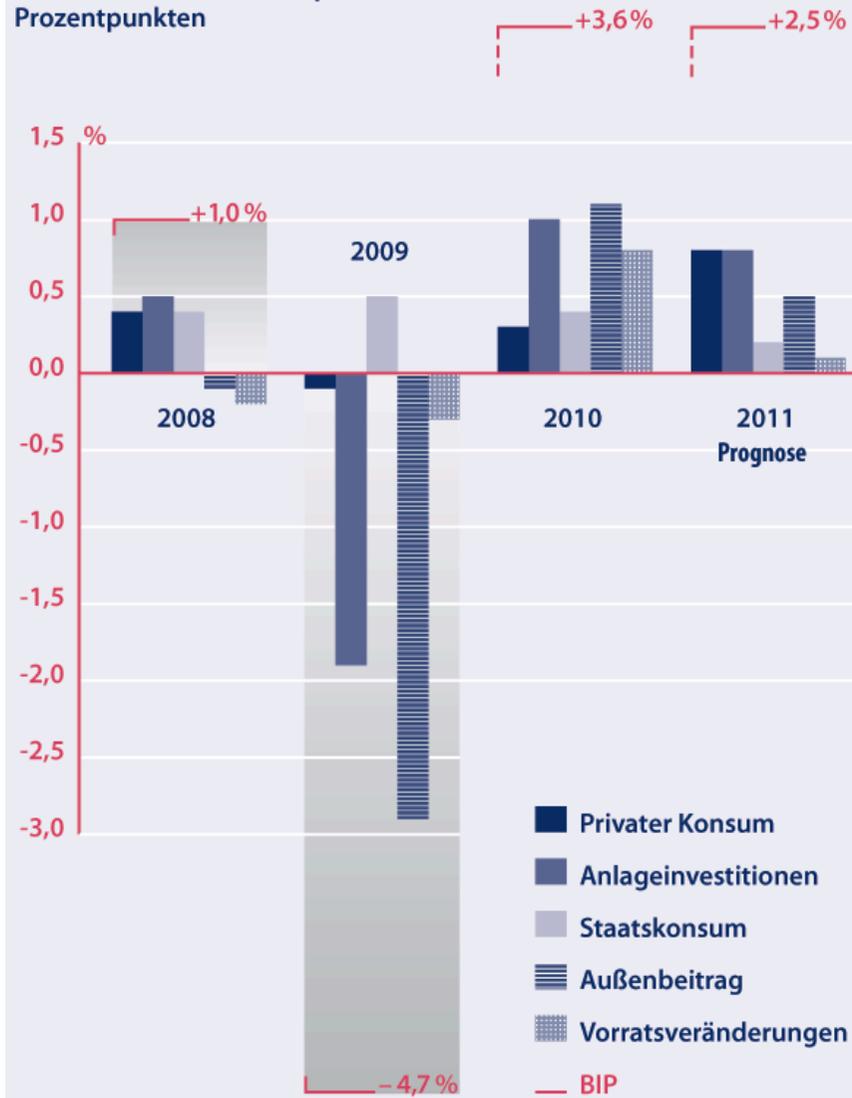


Quelle: Statistisches Bundesamt,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

Wachstumsbeiträge

... der Nachfragekomponenten
zum realen Bruttoinlandsprodukt in
Prozentpunkten

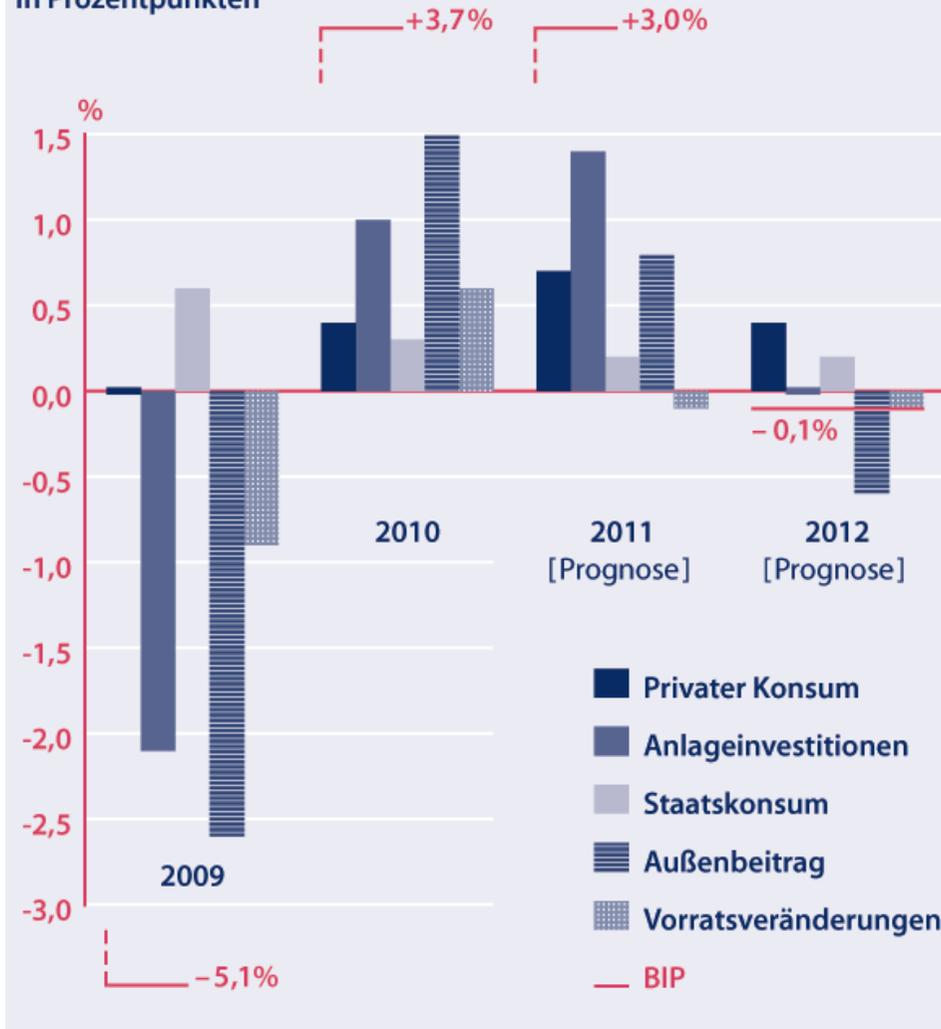


Quelle: Statistisches Bundesamt: VGR;
Prognose 2011: IMK Report Nr. 58, Dez. 2010

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Wachstumsbeiträge

... der Nachfragekomponenten zum realen Bruttoinlandsprodukt
in Prozentpunkten

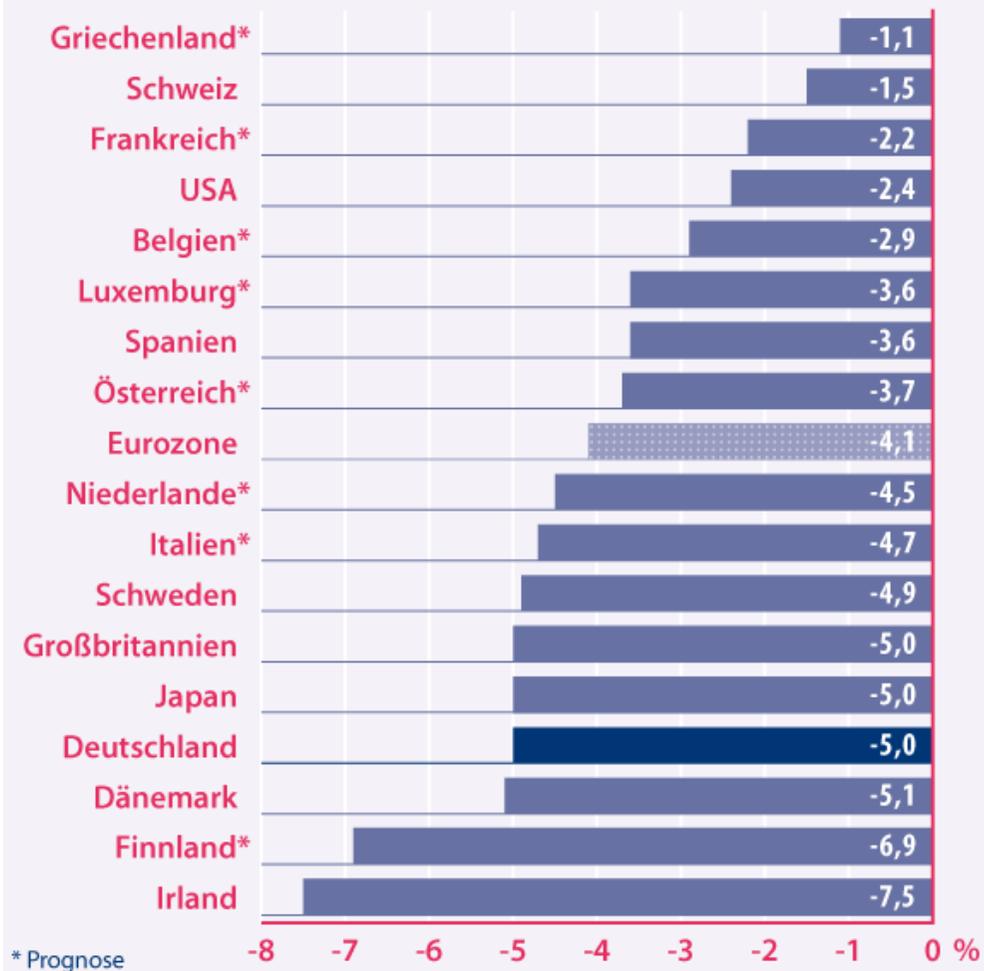


Quelle: 2009/2010: Statistisches Bundesamt: VGR;
Prognose 2011/2012: IMK, Dezember 2011

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Reale Wirtschaftsentwicklung 2009

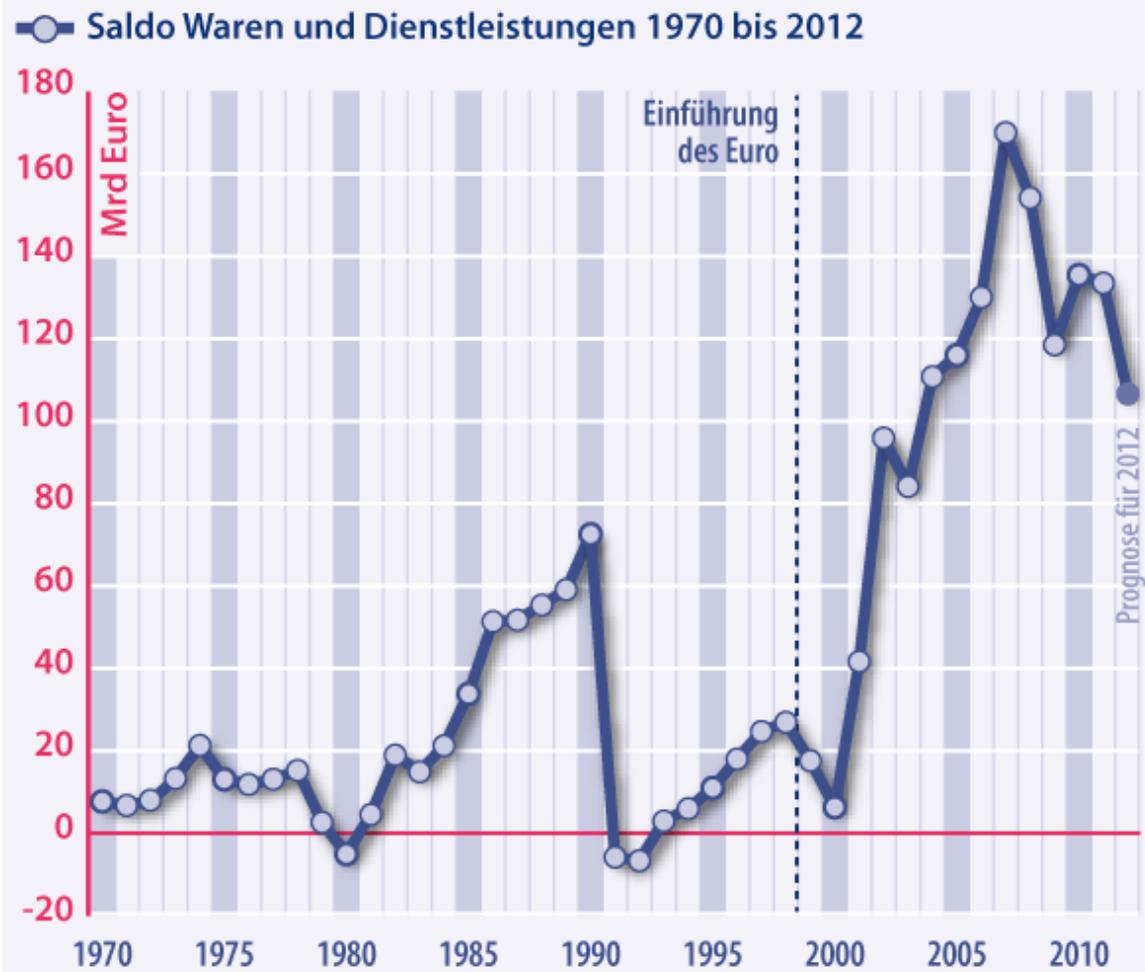
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat

© ARBEITSGRUPPE
 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
 MEMORANDUM 2010

Deutscher Exportüberschuss

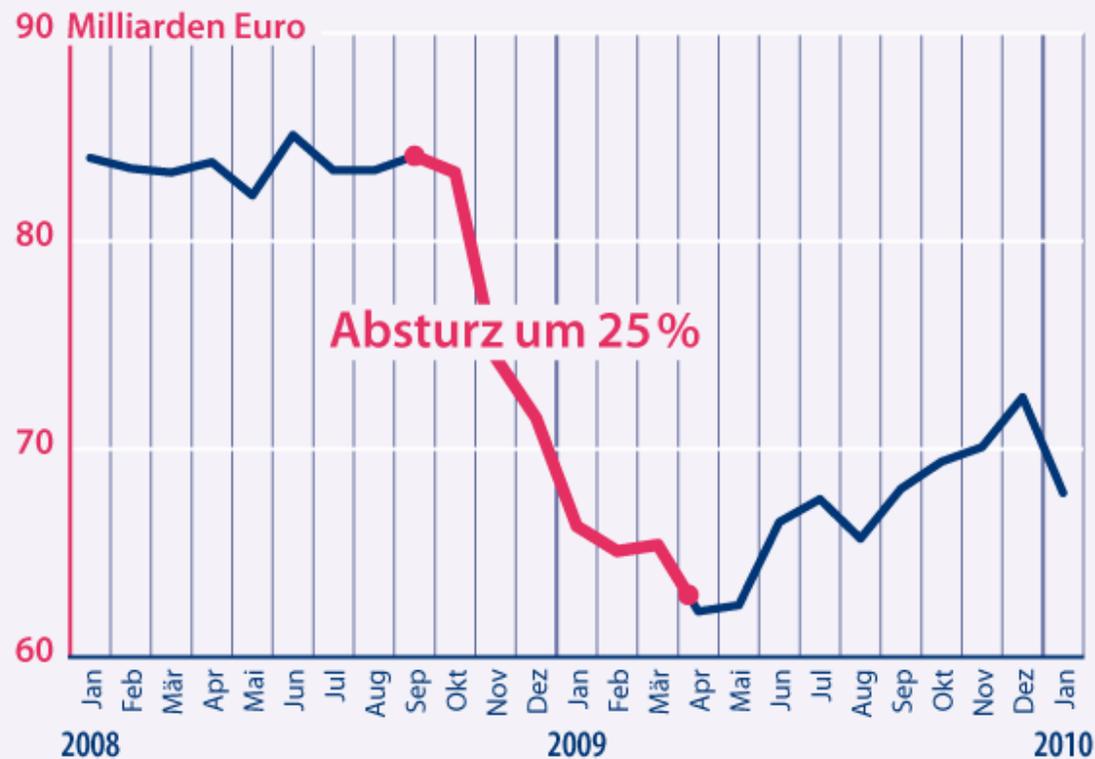


Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung;
Prognose für 2012: Gemeinschaftsdiagnose, Oktober 2011

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Exporte tief unten

Warenausfuhren je Monat



Quelle: Statistisches Bundesamt,
saison- und kalenderbereinigte Werte

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2010

Deutsche Wirtschaft setzt seit 2000 massiv auf eine Steigerung der Exporte

- Lohnzurückhaltung in allen Bereichen
- Schwächung der Binnennachfrage – und auch der Importe
- Resultat: Exportüberschüsse steigen an

Aber: Überschüsse der einen sind die Defizite der anderen

ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Deutschland seit 1982

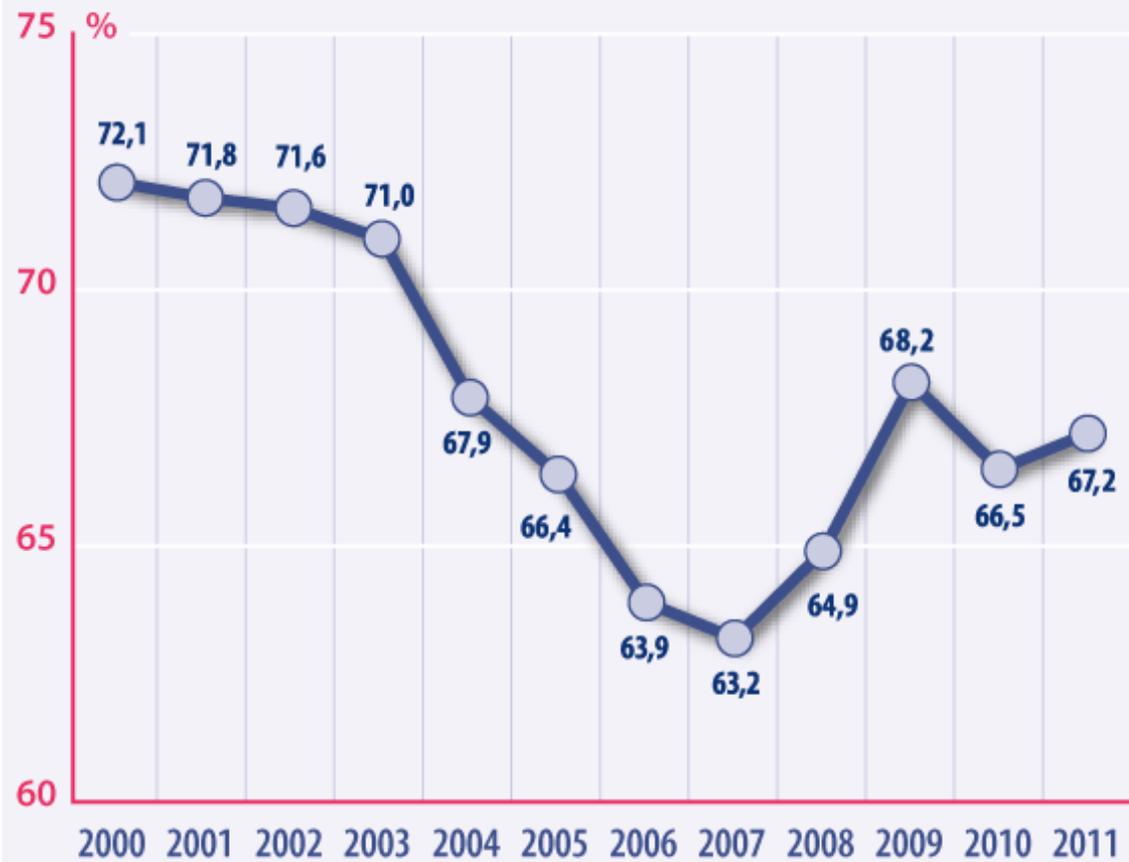


Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2008

Entwicklung der Lohnquote

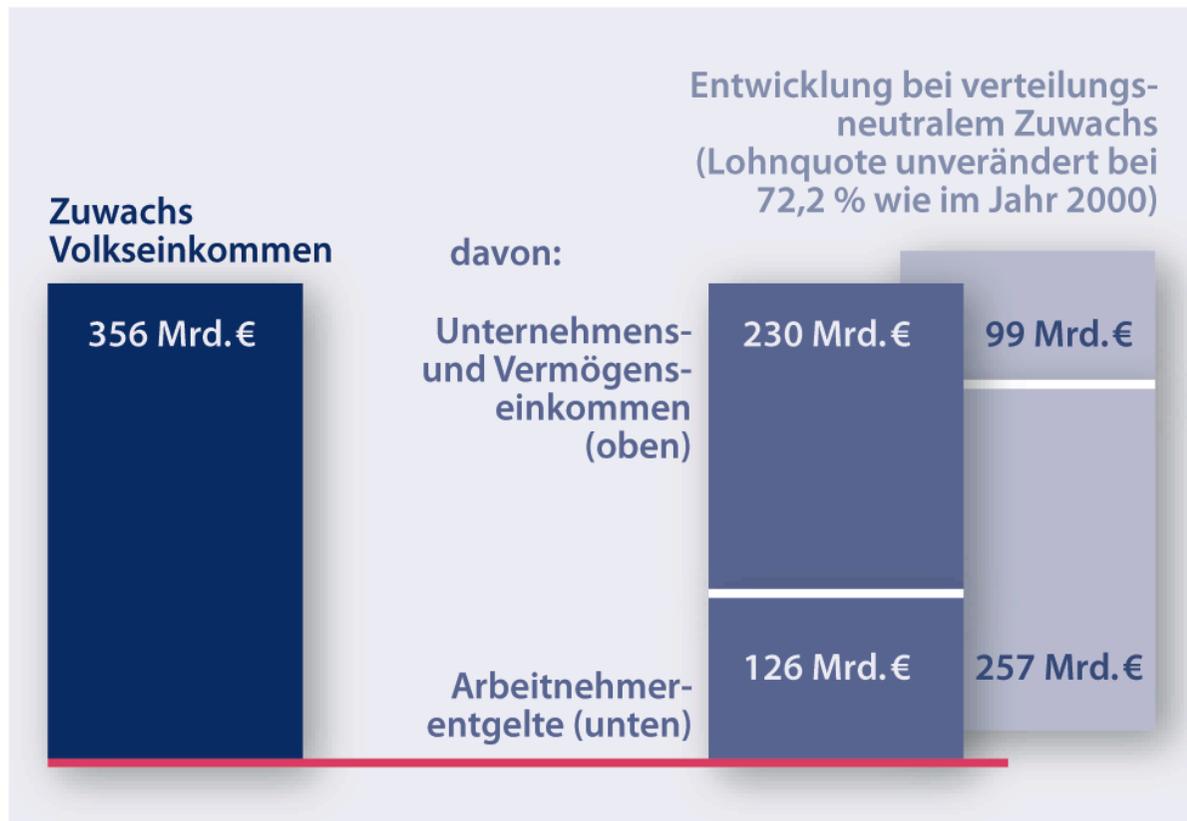
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen
in Deutschland seit 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

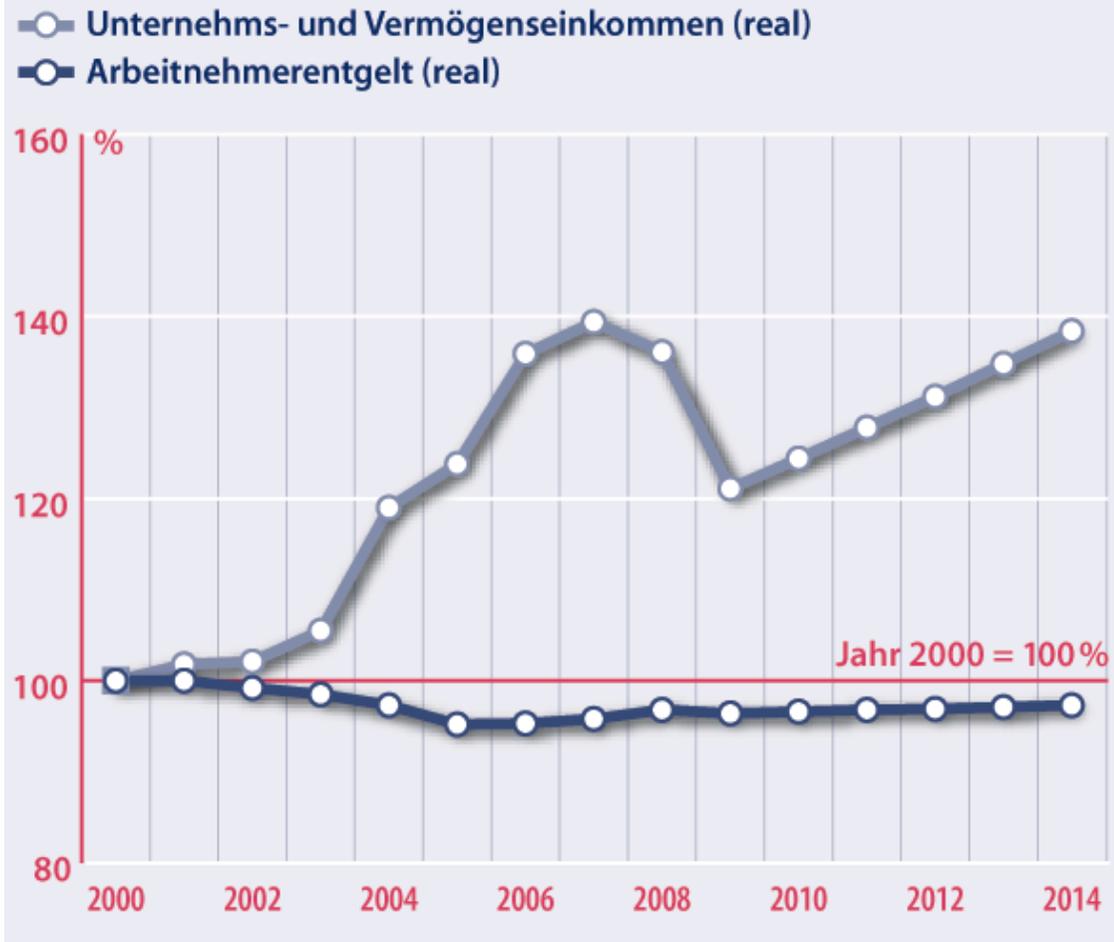
Verteilung des Volkseinkommens 2000 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

Regierungsprognose: Weitere Umverteilung von unten nach oben

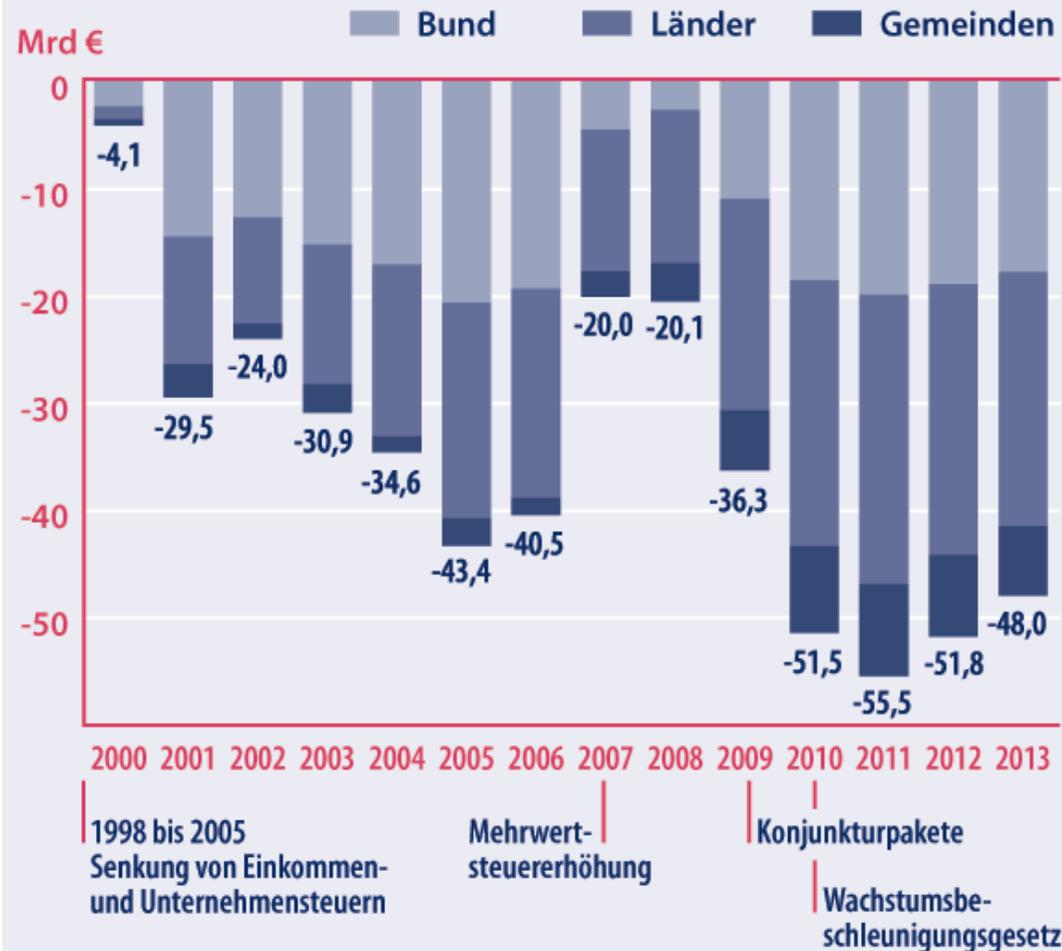


Quelle: VGR; ab 2010: Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014;
eigene Berechnungen (angenommene Preissteigerung
2010 bis 2014: 1,8 Prozent pro Jahr)

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Staatsschuldenquote

in Prozent des BIP

100 Prozent

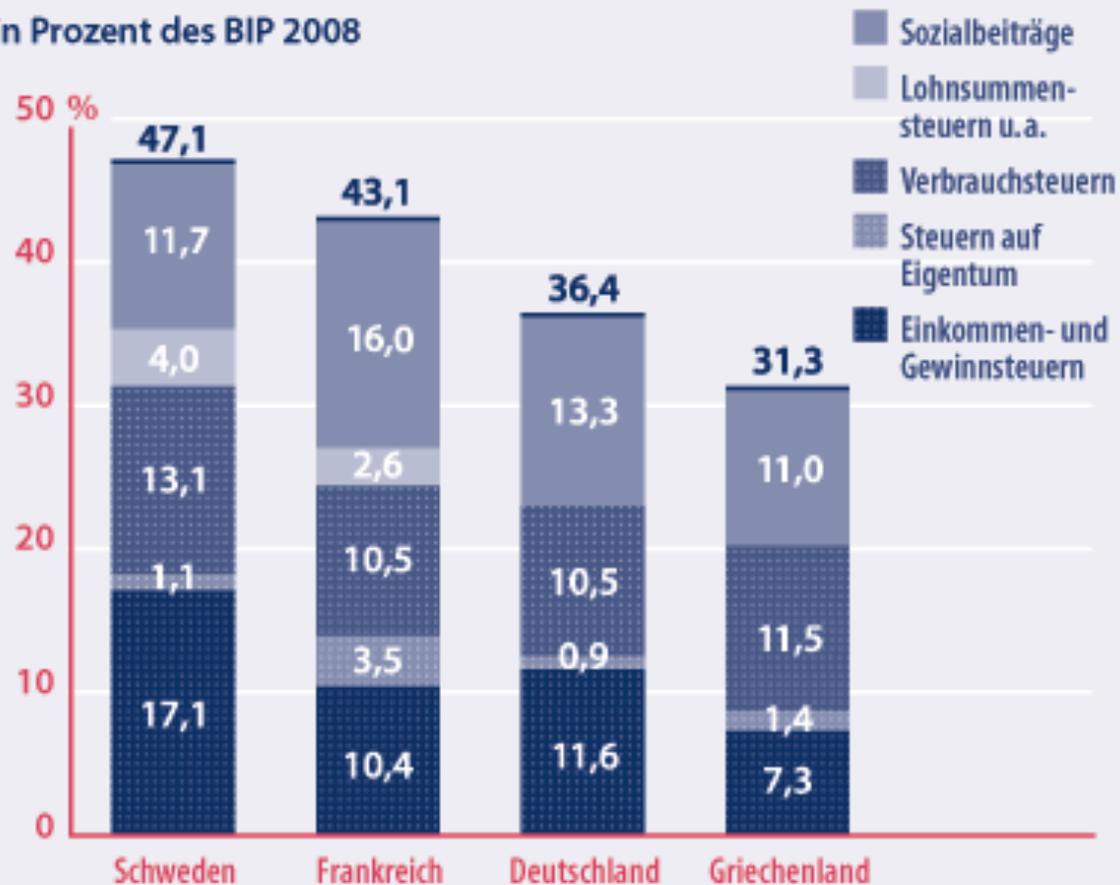


Quelle: EU Kommission, Stand Mai 2010

ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Steuern und Abgaben

in Prozent des BIP 2008



Quelle: OECD, Revenue Statistics, 2009

ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig I

- ➡ Im langfristigen Trend steigt die Produktivität stärker als die Wirtschaftsleistung. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Danach kam dieser Prozess zum Stillstand. Folge: Heute bewerben sich 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen als 1960.
- ➡ Auch wenn eine nachfrageorientierte Makropolitik das Wachstum stimuliert, ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Erreichung von Vollbeschäftigung undenkbar.
- ➡ Die durch die „Reformpolitik“ praktizierte Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Beschäftigten. Vor allem Frauen in Dienstleistungsberufen sind betroffen. Das ist keine sinnvolle Perspektive.
- ➡ Die Krise bietet die Chance, die Debatten um Arbeitszeitverkürzung neu zu beleben.

Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig II

Eine Gleichverteilung des zur Bereitstellung des heutigen Bruttoinlandsproduktes notwendigen Arbeitsvolumens von ca. 56 Mrd. Stunden auf alle 44 Millionen Erwerbspersonen würde eine individuelle Arbeitszeit von 1.273 Stunden pro Person ergeben.

Bei 45 Arbeitswochen im Jahr ergäbe diese eine Wochenarbeitszeit von 28 Stunden.

Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestition I

Eine Steigerung der öffentlichen Investitionen ist auch **über den Konjunkturzyklus** hinweg notwendig. Insofern handelt es sich bei einem **Investitionsprogramm nicht originär um Konjunkturpolitik**. Aber ein solches Programm hat natürlich auch erheblich **konjunkturelle Wirkungen**. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen gerade während der größten Krise schafft eine dreifache gesellschaftliche Dividende:

Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen II

- ➔ Erstens wird die **Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft** gesteigert, weil wirtschaftliche Defizite, wie die nicht ausreichende ökologische Ausrichtung der Ökonomie oder die inzwischen mangelhafte Infrastruktur, behoben werden.
- ➔ Zweitens wird durch die verstärkte Nachfrage das **Beschäftigungsniveau** dauerhaft angehoben. Da auch in Zeiten der Hochkonjunktur noch Massenarbeitslosigkeit herrscht, ein wichtiges Ziel.
- ➔ Drittens sorgen die zusätzlichen Impulse auch für eine schnelle **Überwindung der Krise**.

Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen III

Anforderungskriterien für ein solches Programm

- ➔ Große Beschäftigungseffekte der Maßnahmen
- ➔ Hoher Anteil an ökologisch wirksamen Maßnahmen
- ➔ Deckung gesellschaftlicher Bedarfe, die marktförmig nicht oder nur ungenügend gedeckt werden
- ➔ Modernisierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur

Investitionsprogramm ist notwendig

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

➔ Bildungsausgaben:	30,0 Milliarden Euro
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

Investitionsprogramm ist notwendig

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- ➔ Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro
- ➔ Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro
- ➔ Kultur: 5,0 Milliarden Euro
- ➔ Forschung: 5,0 Milliarden Euro
- ➔ Ökologische Umgestaltung Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro

Arbeitsmarktpolitik muss ausgeweitet werden

Die neue Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht auf die Kurzarbeit beschränkt bleiben.

➡ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➡ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.

Höhere Staatsquote für mehr öffentliche Investitionen

- 75 Milliarden Euro des vorgeschlagenen Investitionsprogramms entspricht knapp 3 Prozent des BIP im Jahre 2010 und trägt der Dynamik des derzeitigen wirtschaftlichen Einbruchs Rechnung.
- Auch wenn ein Sonderprogramm für den Aufbau Ost nicht mehr vorgesehen ist, so kommt doch ein erheblicher Anteil der Mittel diesem zugute.
- Das Programm ist der Einstieg in einen neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfad. Es ist auch der Ausstieg aus dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.
- Zur Finanzierung eines solchen Programms muss die Staatsquote erhöht werden. Die Finanzierung erfolgt normalerweise über Steuern. Dabei sind jene Steuern zu erhöhen, die die Verteilungsrelationen nicht weiter zu Lasten von geringen Einkommen und Vermögen verschieben.

Forderungen an ein zukunftsfähiges Finanzsystem I

- ➔ Finanzsektor als Teil der Infrastruktur begreifen, der durch die Gesellschaft kontrolliert wird. (z. B. kleinteilige Sparkassen und Genossenschaftsbanken stärken)
- ➔ Re-Regulierung: Offenlegung von Verlusten; bei systemrelevanten Banken Eigenkapital stärken und die Eigentümerfunktion wahrnehmen.
- ➔ Systemische Relevanz und Marktmacht einzelner Institute reduzieren.
- ➔ Eigenkapitalanforderungen erhöhen
- ➔ Geldpolitische Instrumente zur Vermeidung von Finanzblasen auf Teilmärkten entwickeln (Bsp. Aktiv steuernde Mindestreserve „Aktivreserve“)
- ➔ Finanztransaktionssteuer umsetzen
- ➔ Europäische Finanzaufsicht etablieren

Forderungen an ein zukunftsfähiges Finanzsystem II

- Rück-Umverteilung von oben nach unten zur Vermeidung übergroßer Vermögensansammlungen



Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2012

Europa am Scheideweg -
Solidarische Integration oder
deutsches Spardiktat

PapyRossa

» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK «

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Weitere Informationen,
aktuelle Termine und
Veröffentlichungen finden
sich im Internet unter:

[www.alternative-
wirtschaftspolitik.de](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de)

Weitere Informationen

- ➔ www.alternative-wirtschaftspolitik.de
- ➔ www.euromemo.eu
- ➔ wipo.verdi.de
- ➔ <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/wirtschaftspolitische-informationen-843.htm>
- ➔ www.ak-sozialpolitik.de
- ➔ www.sozialpolitik-aktuell.de
- ➔ www.jjahnke.net
- ➔ www.nachdenkseiten.de